

Beschluss des Landrats vom 02.11.2023

Nr. 147

24. Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung einer nationalen Elternzeit

2023/248; Protokoll: ps, pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat die Motion ablehne.

Patricia Doka-Bräutigam (Die Mitte) erklärt, es herrsche keine Einstimmigkeit in der Mitte-Fraktion. Die Argumente gegen die Motion seien die unklare Finanzierung oder dass auf bessere Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung gesetzt werden solle.

Zum Hintergrund: Die Motion wird von Vertretenden der Jungen Mitte Schweiz in verschiedenen Kantonen eingereicht. Der Motion geht eine Studie von Sotomo voraus, die im Auftrag der Jungen Mitte durchgeführt wurde. Diese zeigt eine mehrheitliche Unterstützung in der Bevölkerung für einen Ausbau der aktuellen Regelung. Die Junge Mitte setzt sich für Chancengleichheit und eine moderne Familienpolitik ein, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Die Rednerin möchte betonen, dass aus Sicht der Jungen Mitte dafür an zwei Schrauben gedreht werden muss: Es braucht eine Elternzeit, um Müttern den Übergang von Schwangerschaft zu Mutterschaftsurlaub und zum Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu erleichtern, sowohl organisatorisch als auch insbesondere aus physischer und psychischer Sicht. Zweitens braucht es bessere Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung, um die langfristige Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Das Letztere ist mittlerweile – so hofft die Rednerin zumindest – auf allen Ebenen angekommen und wird rege diskutiert. Deshalb setzt die Motion bei der Elternzeit an – in einer mehrheitsfähigen Form. Die Elternzeit erleichtert nicht nur den Einstieg ins Elternsein, sondern Studien zeigen auch, dass diese zu mehr Arbeitstätigkeit von Müttern führt und somit einen volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Es werden keine extremen Forderungen von über einem halben Jahr gestellt, sondern es wird ein nationaler moderater Ausbau der geltenden Regelung angestrebt, der von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. Mit den gegebenen Parametern und den geringen Vorgaben soll eine Diskussion und Ausarbeitung einer konkreten, mehrheitsfähigen Lösung ermöglicht werden, ohne dass ideologisch motivierte Extremforderungen gestellt werden, die eine Lösungssuche von Beginn weg verunmöglichen.

Um die Kritikpunkte vorwegzunehmen: Die Finanzierung wird nicht angesprochen und soll nicht bereits in der Standesinitiative festgelegt werden. Würde eine konkrete Forderung bezüglich Finanzierung gestellt, wäre die Diskussion bereits von Beginn an eingeschränkt. Stattdessen soll ein Spielraum ermöglicht werden, um eine konsensfähige Lösung zu finden. Zu den Kosten möchte die Rednerin eine andere Perspektive in den Raum stellen: Elternzeit kann auch in Einsparungen resultieren. Studien haben bereits gezeigt, dass es Müttern psychisch besser geht, weil sie mehr Unterstützung erfahren. Dies wirkt sich auch auf die Gesundheitskosten aus. Andererseits erhöht sich, wie bereits erwähnt, die Erwerbstätigkeit von Müttern, was sich positiv auf die Sozialwerke und die Steuererträge auswirkt. Es soll ein Zeichen für eine fortschrittliche und moderne Familienpolitik gesetzt werden und der Kanton soll vorangehen. Die Rednerin bittet, die Motion nicht abzuschreiben, sondern den Auftrag für eine Standesinitiative zu erteilen.

Reto Tschudin (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion schliesse sich der Haltung des Regierungsrats an. Die Ablehnung erfolgt aus den in der Antwort des Regierungsrats genannten formellen Gründen, dass eine Standesinitiative aus dem Kanton Basel-Landschaft das falsche Mittel ist. Auch materiell ist die Fraktion der Meinung, dass es die Motion nicht braucht. Diese besagt, es bestehe ein Ungleichgewicht zwischen dem Anteil der Mutter an der Elternzeit von 87,5 % und dem Anteil des

Vaters von 12,5 %. Als dreifacher Vater kann der Redner sagen, der Beitrag, den die Mutter bis zur Geburt leistet, ist einiges höher als die 87 % und die Verteilung ist somit entsprechend absolut gerechtfertigt. Die 14 Wochen sind unbestritten. Im Vorstoss steht, dies solle so belassen werden, was im Umkehrschluss bedeutet, dass faktisch die Forderung nach einer Erhöhung des Vaterschaftsurlaubs gestellt wird. Das lehnt die SVP-Fraktion ab. Diese Diskussion wurde bereits mehrmals geführt. Man ist gegen die «Wir wollen alles»-Haltung, die heute besteht. Wird man Vater, weiss man das mindestens neun Monate vorher – oder sieben. Es reicht, um eine Planung vorzunehmen und die Ferien auf diese Zeit zu legen. Es wird nicht bestritten, dass die Mütter die Unterstützung der Väter haben sollen und diese unbedingt nötig ist, nicht nur nach der Geburt, sondern auch später. Aber den Vaterschaftsurlaub zu verlängern oder die Elternzeit neu zu verteilen, ist der falsche Ansatz. Einige Aussagen in der Motion erscheinen stossend. Wird pauschal behauptet, dass sich die Erwerbsquote erhöhen würde, wenn der Mann mehr Elternurlaubsanteil erhielte, stört dies den Redner. Er kennt viele Mütter, die nach den 14 Wochen beim Kind bleiben wollen und das sollen sie dürfen und können. Wird der Anteil des Vaterschaftsurlaubs erhöht, wird die Erwerbsquote nicht höher, wenn die Mütter zu Hause bleiben wollen. Sitzt der Mann daneben, erfolgt das Gegenteil und die Erwerbsquote wird tiefer. Etwas verschieben zu wollen, ergibt schliesslich ein Ungleichgewicht in eine Richtung, die die SVP-Fraktion nicht unterstützen kann. Die Motion wird abgelehnt.

Saskia Schenker (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion unterstütze die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber am Schluss gehe es um die Frage, wie dies getan und wo der Schwerpunkt gesetzt werde. Die Rednerin erinnert an die Diskussion um den Vaterschaftsurlaub und die Einführung der zwei Wochen auf Bundesebene. Die FDP-Fraktion stellte einen Antrag auf Umwandlung in eine Elternzeit – 14 Wochen plus zwei Wochen und die Eltern sollten wählen können, wie sie diese Zeit aufteilen. Die vorberatenden Kommissionen von National- und Ständerat lehnten dies ab. Die FDP ist nicht per se gegen Elternzeit, jedoch gegen den vorliegenden Vorstoss und die Standesinitiative. Einerseits müssen nicht von Kantonsebene Forderungen nach Bern gesandt werden, die nichts mit spezifischen Interessen des Kantons zu tun haben. Elternzeit ist eine nationale Gesetzgebung, die Erwerbsersatzordnung (EO) ist eine nationale Sozialversicherung und die Kantone haben keine Funktion. Als der Antrag im nationalen Parlament gestellt wurde, lehnte ihn die SP ebenfalls ab. Man will immer mehr. Patricia Doka-Bräutigam sagte, man wolle nicht übertreiben, jedoch steht im Vorstoss, dass die Anzahl Wochen ausgebaut werden soll. Auf Bundesebene kam die Umwandlung in Elternzeit nicht zustande, weil die EO noch viel stärker belastet würde, da man sich mit der Anzahl Wochen gegenseitig überbietet. Auch 20 Wochen sind ein starker Ausbau. Zudem soll klar festgelegt werden, dass die Mutter nicht weniger Mutterschaftsurlaub machen darf und der Vater einen fixen Anteil übernehmen soll. Das Paar soll erzogen werden, wie sie dies aufzuteilen haben, damit der Vater seinen Anteil beiträgt. Würde man in Richtung Elternzeit gehen, so glaubt die FDP an die Freiheit und daran, dass die Paare diese so aufteilen würden, wie es für sie stimmt.

Zum geforderten Ausbau noch einige Beispiele, was auf Kantonsebene nicht beachtet wird, weil es um die nationalen Sozialversicherungen und die nationale Gesetzgebung geht: Es gibt eine starke Belastung der EO, die Abgaben von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nehmen konstant zu. In den letzten paar Jahren wurde die Belastung der EO stark erhöht; neben dem Vaterschaftsurlaub wurde beispielsweise eine bis zu 56 Tage längere Mutterschaftsentschädigung beim Spitalaufenthalt von Neugeborenen eingeführt. Neu haben erwerbstätige Eltern auch Anspruch auf einen 14-wöchigen Urlaub für die Betreuung eines schwer kranken oder verunfallten Kindes, es gibt einen zweiwöchigen Adoptionsurlaub und es sind noch weitere Änderungen in Diskussion, etwa wenn ein Kind nach der Geburt stirbt. Die EO wird konstant belastet und jemand muss dies bezahlen. Die Arbeitskosten sind in der Schweiz aber bereits jetzt hoch.

Es geht nicht nur um die ersten Wochen im Leben eines Kindes, sondern auch um die Gesamtbetreuung, wie Familie und Beruf unter einen Hut gebracht werden können. Der Fokus sollte auf das ganze Leben des Kindes gerichtet werden und nicht nur auf die ersten Wochen, auch beim gezielten Einsatz der finanziellen Mittel.

Adil Koller (SP) sagt, die SVP habe in ihrem Votum klar dargelegt, dass sie grundsätzlich dagegen sei. Bei der FDP ist es etwa komplizierter: Das Anliegen wird unterstützt, die Umsetzung jedoch blockiert. Übertrieben ist das, was weitergeht als die eigenen Minimalforderungen. Was man jetzt hat: Die Leute können etwas freier auswählen. Die SP-Fraktion fragt sich, worauf man wartet. Alle umliegenden Länder haben die Elternzeit bereits eingeführt oder sind daran, überall überlegt man weiter, alle Kommissionen, die sich damit auseinandersetzen, fordern die Einführung einer Elternzeit oder einen Ausbau der Möglichkeiten. Die Schweiz befindet sich noch in der Steinzeit. Vor zwei Jahren gab es zweieinhalb Tage Vaterschaftsurlaub, nun geht es etwas vorwärts. Die Mühlen mahlen extrem langsam in der Schweizer Politik. Die Bevölkerung ist bereits weiter. Egal, ob über den Ausbau von ein paar Wochen oder mehrere Monate geredet wird, die Bevölkerung wünscht dies bereits länger. Es gibt diverse andere Studien als die von Patricia Doka-Bräutigam zitierte, die zeigen, dass die Bevölkerung in diese Richtung gehen möchte. Es geht um Wahlfreiheit. Heute ist diese nicht gegeben. Nicht jedes Paar kann es sich leisten, die Kinderbetreuung so aufzuteilen, wie es mit einer Elternzeit möglich wäre. Diese ermöglicht nach der Geburt eine freiere Aufteilung, wenn sie solidarisch und klug finanziert ist – so, wie der Militär- und Zivildienst finanziert wird. Das ermöglicht den Paaren die Wahlfreiheit. Ansonsten besteht diese nur für diejenigen mit hohen Doppelverdiener-Einkommen. Die eidgenössische Kommission für Familienfragen fordert mit gescheiterten, sauberen Studien die Elternzeit. Es gibt diverse Argumente. Es geht um Gleichstellung und Vereinbarkeit, aber schliesslich – und darüber spricht das Parlament auch immer, heute Mittag war Florian Spiegel zu hören mit einer Brandrede übers Gewerbe – könnte man sich auch überlegen, wie die Mütter besser im Erwerbsleben behalten werden könnten nach der Geburt. Man sieht in den Statistiken, welche Folgen es hat, wenn die Allgemeinheit nichts tut. Können die Väter nicht zuhause bleiben, tun dies die Mütter, und das Thema bleibt über die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre bestehen. Da könnte etwas für die Volkswirtschaft getan werden. Anstatt dass man sich über das nächste Promille bei der Erwerbsersatzordnung sorgt, könnte man sich darum kümmern, wie die Arbeitsplätze besetzt werden können. Würde man weiter denken, wäre man schon lange beim Ausbau der Elternzeit. Über die Form kann man sich streiten – eine Standesinitiative wird höchstwahrscheinlich keinen Erfolg haben, weil die Bürgerlichen diese nicht wollen, ausser, sie reichen sie selber ein. Da es besser wäre, wenn man in Bern bereits drei Schritte weiter wäre, versucht nun der Kanton den nächsten Schritt. In der Politik muss man auf allen Ebenen dran bleiben, deshalb unterstützt die SP-Fraktion den Vorstoss.

Tim Hagmann (GLP) sagt, die GLP sei auf nationaler Ebene ganz klar für die Einführung einer Elternzeit. Da das Thema ohnehin auf nationaler Ebene behandelt wird, ist die GLP-Fraktion der Meinung, dass es reine Symbolpolitik ist, eine Standesinitiative einzureichen. Sie möchte aber nichtsdestotrotz symbolisch ein Symbol Richtung Bern schicken. Hier aber noch länger zu diskutieren, bringt nichts.

Stephan Ackermann (Grüne) kann sich im Namen der Grüne/EVP-Fraktion dem Vorredner anschliessen. Es handelt sich ein Stück weit um ein Symbol, aber manchmal sind Symbole nötig. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Motion.

Andrea Heger (EVP) meldet sich als Einzelsprecherin, weil sie den Eindruck hat, dass einige Bereiche noch zu wenig beachtet wurden. Die Zweckmässigkeit der Form des Standesinitiative wurde bereits angesprochen. Da kann man dafür oder dagegen sein. Es wurden schon andere The-

men als Standesinitiativen eingereicht, die keinen Hinweis darauf geben, weshalb es in diesem Fall nun nicht möglich sein sollte – auch wenn der Rednerin durchaus bewusst ist, dass die Form nicht überstrapaziert werden sollte. Patricia Doka-Bräutigam hatte erwähnt, dass es sich um eine moderate Lösung handeln soll. Es gibt aber Studien, die klar sagen, es solle über 30 % sein. Persönlich ginge dies Andrea Heger ebenfalls zu weit. Sie hätte gerne 28 Wochen. Denn damit wäre gewährleistet, dass Mann und Frau gleich viel nehmen könnten, wenn sie möchten. Die Gleichberechtigung und die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind ebenfalls ein Aspekt. Frauen sind heute teilweise einfach benachteiligt, weil davon ausgegangen wird, dass sie aufgrund von Elternschaft länger ausfallen werden. Wäre die Ausfallgefahr bei Männern und Frauen gleichermaßen vorhanden, wäre diese Benachteiligung beseitigt.

Zu einigen vorher genannten Punkten: Es ist so, dass die Frau schon während der Schwangerschaft mehr beiträgt. Die Ungleichheit soll jedoch nach der Geburt nicht noch weiter zementiert werden. Es gibt Studien, die zeigen, dass es auf das ganze Leben einen wesentlichen Einfluss hat, wie die ersten Wochen und Monate gestaltet werden. Vom Regierungsrat wurde bereits einmal mit einem Vorstoss eine Auslegeordnung verlangt. Diese hatte gezeigt, dass es positiv wäre, die Zeit zu erweitern. Der Mindestanteil auf Seiten der Väter ist darum gut, weil so etwa der Beziehungsaufbau erfolgen kann. Das Argument, dass zu viele Vorschriften gemacht würden, erscheint Andrea Heger nicht ganz passend. Insbesondere, da die FDP-Fraktion auf die Individualbesteuerung als Lösung verweist. Dort findet aber auch eine Gängelung statt – einfach via Steuern. Vielleicht handelt es sich bei der Elternzeit ebenso um eine Gängelung, aber diese ist wenigstens direkt, offen, transparent und die positiven Auswirkungen wurden in Studien bewiesen. Andrea Heger würde sich freuen, wenn das Signal nach Bern geschickt würde.

Patricia Doka-Bräutigam (Die Mitte) dankt für die Unterstützung. Es gehe im Vorstoss nicht um einen versteckten Ausbau des Vaterschaftsurlaubs, wie dies Reto Tschudin impliziert hatte, sondern um den Schutz der 14 Wochen Mutterschaftsurlaub. Dies heisst aber nicht, dass dieser theoretisch nicht auch etwas erhöht werden könnte. Weder Mütter noch Väter sollen zudem zum Arbeiten gezwungen werden, wenn sie nach der Geburt zuhause bleiben möchten. Sie sollen jedoch die bessere Ausgangslage haben, wenn sie wieder arbeiten gehen möchten. So kann die Erwerbstätigkeitsquote längerfristig erhöht werden. Und ja, die Standesinitiative ist vielleicht ein Symbol. Kommt ein Symbol aber aus verschiedenen Kantonen, dann wird es vielleicht endlich mal auf nationaler Ebene wahrgenommen. Wie Andrea Heger bereits gesagt hat: Der Landrat hat auch schon andere Standesinitiativen eingereicht, die nicht auf kantonsspezifischen Interessen beruhen. Entsprechend erscheint auch das vorliegende Anliegen in dieser Hinsicht nicht abwegig.

Lucia Mikeler Knaack (SP) liegen alle Themen rund um Mutterschaft und Elternschaft sehr am Herzen. Sie hat selber schon einige Vorstösse zum Thema eingereicht und unterstützt die Standesinitiative vehement. Es geht nun um einen Minimalwert von 20 Wochen. Persönlich hatte sie damals noch anderes gefordert. Die ersten Lebenswochen sind zentral für die Entwicklung eines Neugeborenen. In der Fachwelt gibt es starke Bemühungen, das Bonding zu fördern. Das heisst, dass ein Kind immer Körper an Körper bei seiner Mutter ist. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf die emotionale und die kognitive Entwicklung. 14 Wochen sind das Minimum und diese sollen nicht irgendwem gegeben werden, sondern es handelt sich um einen Schutz der Mutter. Zur Symbolthematik: Wahrscheinlich handelt es sich um ein Symbol, aber es muss trotzdem immer wieder darauf hingewiesen werden. Steter Tropfen höhlt den Stein. Es muss endlich vorwärtsgehen. Wie Adil Koller gesagt hat: Die Schweiz ist diesbezüglich hinterwäldlerisch und nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Es muss etwas gemacht werden und dies betrifft auch die Wirtschaft. In ihrem Berufsalltag erlebt Lucia Mikeler Knaack, dass die Frauen motiviert sind und wieder ins Berufsleben zurückkehren möchten. Aber sie möchten auch ihrem Neugeborenen Zuwendung und Liebe geben. Genau dies fordert ja eigentlich auch die SVP: Die Mutter soll beim Kind

bleiben. Ja – aber dies geschützt und wie schon gesagt, sie kann den Urlaub beanspruchen oder auch nicht. Die Möglichkeit muss gegeben werden unabhängig des Einkommens. Denn dies ist auch eine Tatsache: Diejenigen Eltern, die es sich leisten können, nehmen fast alle unbezahlten Urlaub. Weil sie eben wissen, dass es wichtig ist, für ihr Kind da zu sein. Eltern, die es sich nicht leisten können, können nur die minimalen 14 Wochen beanspruchen.
Lucia Mikeler Knaack bittet um Überweisung der Standesinitiative.

://: Mit 38:37 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.
